

akzente.

AKTUELLE INFORMATIONEN ÜBER EVANGELISCHE POLITIK 02/2009

90 JAHRE EVP

An der Jubiläumsdelegiertenversammlung vom 14. März in Baden feierte die EVP ihr 90-jähriges Bestehen. Neben den Parolen für den 17. Mai und einer Resolution zum Bankgeheimnis war die Grussrede von Bundesrätin Doris Leuthard einer der Höhepunkte.

VON NIKLAUS HARI

«Seit 90 Jahren verfolgt die EVP eine unaufgeregte, verlässliche und am Menschen orientierte Politik.» Mit diesen Worten gratulierte Bundesrätin Doris Leuthard der EVP Schweiz an der Delegiertenversammlung vom 14. März zu ihrem 90-jährigen Bestehen. Hätte sich die Finanzbranche an klassischen Werten orientiert, wie es die EVP tue, so müsste die Politik jetzt nicht die Flurschäden bereinigen, sondern könnte sich Herausforderungen wie der Ressourcenknappheit oder der Umweltzerstörung stellen.

Im März 1919 wurde die EVP von einer Gruppe Christen in Baden gegründet. Ausschlaggebend waren die zunehmende Polarisierung zwischen Arbeit und Kapital: die neue Partei sollte sich auf der Basis protestantischer Werte für die Menschen und nicht für eine Ideologie einsetzen. Seither bestimmen christliche Werte wie der Schutz der Umwelt oder der Einsatz für die Schwachen den Kurs der Partei.

Seit 1921 gegen Steuertricks

Wie zum Beweis zitierte EVP-Präsident Heiner Studer in seiner



EVP-Präsident Heiner Studer mit Bundesrätin Doris Leuthard.

Festansprache den Schöpfer des ersten Parteiprogramms der EVP: Professor Hermann Bächtold hielt bereits 1921 fest, dass dem «Übel der Steuerhinterziehung, wie es unter dem Deckmantel des Bankgeheimnisses und in anderen Formen verbreitet ist» mit «gewissenhafter Steuertreue» entgegenzutreten sei. Nach zahlreichen Vorstössen der EVP-Nationalräte zur Gleichbehandlung von Steuerhinterziehung und Steuerbetrug nahm die 90. ordentliche Delegiertenversammlung in Baden den Kurswechsel des Bundesrates befriedigt zur Kenntnis, ermahnte ihn mit einer Resolution aber auch, bei der Rechtsstaatlichkeit zu bleiben und ausserhalb des Amtshilfverfahrens keine Daten an ausländische Behörden weiterzuge-

ben, wie kürzlich im Fall der UBS geschehen.

Zweimal Ja am 17. Mai

Für die Volksabstimmung vom 17. Mai 2009 hat die Delegiertenversammlung sowohl zum Verfassungsartikel «Zukunft mit Komplementärmedizin» wie auch zur Einführung biometrischer Pässe die Ja-Parole beschlossen. Ferner wurde eine Totalrevision der Statuten gutgeheissen. Im weiteren Verlauf der 90-Jahr-Feier entwarf Strategieberater Andreas Walker «Szenarien, wie evangelische Politik in den kommenden 90 Jahren aussehen könnte» und besprach sich ein Podium zum Thema «Die EVP – gestern, heute und morgen.» Zum Schluss gabs ein festliches Diner!

KOMMENTAR

Fragwürdige internationale Gremien

In diesen Tagen findet in Genf die UN-Konferenz gegen Rassismus statt. Einmal mehr wollen die islamischen Staaten ihre zahlenmässige Übermacht in einem internationalen Gremium missbrauchen, um Israel-Bashing zu betreiben, wie es auch im Menschenrechtsrat an der Tagesordnung ist. Nicht minder schwer wiegt der erneute Versuch der islamischen Staaten, Kritik am Islam und an Zuständen in der islamischen Welt generell als rassistische «Islamophobie» zu ächten. Wie verhält sich die Schweiz? Nationalrat Walter Donzé (EVP, BE) hat vom Bundesrat verlangt, dass sich die offizielle Schweiz gegen die einseitige Verurteilung Israels und die absurde Einschränkung der Meinungsäusserungsfreiheit zur Wehr setzt.

Anfangs April haben sich die G20 zum «London Summit» getroffen. Ohne jede demokratische Legitimation übergehen die selbsternannten Mächtigen bestehende Organisationen wie die OECD, feiern sich und die «neue Art, weltweit Dinge zu entscheiden». Mit nochmals 1100 Milliarden Dollar soll der kriselnden Weltwirtschaft unter die Arme gegriffen werden. Die Gefahr, dass mit der gewaltigen Ausweitung der Geldmenge nur der nächsten Blase und noch grösseren Krise der Weg bereitet wird, ist enorm. Sieht so die neue Weltordnung aus?

Niklaus Hari, Kommunikation

Webtipp

Die Referate von der 90-Jahr-Feier sind in Text und Ton verfügbar unter www.evppv.ch > News > 90. DV in Baden.

Seit 90 Jahren im Dienst am Mitmenschen

Am 8. März 1919 wurde die EVP Schweiz im aargauischen Brugg gegründet. Am 10. Mai 1919 fand die erste Delegiertenversammlung in Zürich statt. Deshalb feierten wir am 14. März 2009 unser 90-jähriges Bestehen geografisch dazwischen in Baden. Neben den vier grossen Parteien, von denen zwei ihren Namen änderten, ist die EVP die einzige Partei, welche seit Jahrzehnten tätig ist und zudem nie Anlass hatte, ihren Namen dem Zeitgeist anzupassen.

Nach dem Generalstreik 1918 war die Schweiz in zwei Blöcke, einen bürgerlichen und einen linken, geteilt. Ein Ziel der neuen Partei war es, Brücken zu bauen und sich gleichzeitig in bestimmten Fragen zu profilieren. Der EVP gelang es, evangelische Christen für die Mitgestaltung der Gesellschaft zu gewinnen. Die junge Partei erhielt 1919 mit dem Zürcher Arzt und Schriftsteller Hans Hoppeler ihren ersten Nationalrat.

Der Entwurf des ersten Parteiprogrammes stammte vom Basler Geschichtsforscher Hermann Bächtold. Im Januar 1921 veröffentlichte er es in der Evangelischen Volkszeitung, dem damaligen Organ der EVP. Darin finden sich Forderungen wie: «Invalide-, Alters- und Hinterbliebenenversicherung. Es ist vor allem die verfassungsmässige Grundlage für diese Zweige der Sozialversicherung mit aller Beschleunigung zu schaffen...» Die AHV wurde erst 1948 eingeführt. Oder: «Eine grundsätzlich verschärfte Ausgestaltung ist bei der Erbschaftssteuer anzustreben.»



Knapp 20, war ich beim 50-Jahrjubiläum dabei. Ich hoffe, beim Hundertjährigen Jesus Christus danken zu dürfen, dass er die EVP als Werkzeug gebrauchen konnte.

Heiner Studer,
Präsident der EVP Schweiz

«In der Pflege ist eben beides gefragt: Hohe fachliche Kompetenz und ethisches Handeln. Nur so ist gewährleistet, dass die Würde des Menschen gewahrt wird und die Pflegequalität den geforderten Normen entspricht.»

Leserbrief von *jevvp-Vorstandsmitglied Miriam Schudel, dipl. Pflegefachfrau HF, im Tages Anzeiger vom 2. März zum Pflegeskandal an der Zürcher Klinik Entlisberg.

«Wer gefordert hat, dass unversteuerte Vermögen hier nicht einfach parkiert werden können, der hat fast als Landesverräter dagestanden. Nun hat sich der Bundesrat bewegt – leider nur unter Druck und nicht aus eigener Einsicht, dass unser Verhalten unkorrekt, illoyal und unethisch gegenüber den anderen Staaten gewesen ist.»

Nationalrat Ruedi Aeschbacher (EVP, ZH) am 18. März im Nationalrat während der Debatte zum Bankgeheimnis.

PAROLEN DER EVP

beschlossen von der Delegiertenversammlung der EVP Schweiz am 14. März 2009 in Baden für die Abstimmung vom 17. Mai 2009:

- Verfassungsartikel «Zukunft mit Komplementärmedizin» (Gegenvorschlag zur Volksinitiative) **JA**
- Übernahme der Verordnung über biometrische Pässe und Reisedokumente **JA**

INHALT

- Zweimal Ja am 17. Mai:
Für Komplementärmedizin und Reisefreiheit **4**
- Minarettinitiative:
Mit der Verfassung kaum zu vereinen **5**
- Keine Herausgabe von Daten ohne Amtshilfe:
EVP-Resolution zum Bankgeheimnis **5**
- *jevvp mit neuer Führungsriege:
Sara Fritz und Roman Rutz teilen sich das Präsidium **7**

ISLAM IM FOKUS

Die EVP stellte sich der «Herausforderung Islam» mit einem Fokustag Ende Januar in Zürich. Denn dem politischen Islam muss politisch begegnet werden.

VON NIKLAUS HARI,
LEITER KOMMUNIKATION EVP

Grossandrang am Fokustag «Herausforderung Islam» der EVP am 24. Januar: gegen 300 Teilnehmende fanden sich in der ETH Zürich ein. Zum Auftakt bezeichnete Bassam Tibi, Politikwissenschaftler in den USA und in Deutschland, den Islam als den neuen Totalitarismus. Während sich der Islam als Glaube, Ethik oder Kult in Europa integrieren lasse, sei das beim Islamismus als politische Ordnung oder Lebensform nicht möglich, weil er im Widerspruch zu sämtlichen westlichen Verfassungen stehe. Tibi betonte: «Wenn eine Religion Regeln enthält, welche der europäischen Zivilgesellschaft widersprechen, dann kann sie diese Regeln nicht im Namen der Religionsfreiheit zulassen.» Es sei nicht Aufgabe der Toleranz, die Intoleranz im Namen der Toleranz zuzulassen.

Zuhören und zurückfragen

Der Theologe und Islamspezialist Andreas Maurer schilderte, wie ein islamischer Geistlicher das Verbot der Abkehr vom Islam unter Androhung der Todesstrafe problemlos mit der Religionsfreiheit habe vereinen könne. Da sei es wichtig, zunächst zuzuhören, dann aber auch die richtigen Rückfragen zu stellen. Schliesslich seien wir dazu aufgefordert, Profil zu zeigen: Wer Gemeinsamkeiten zwischen Christentum und Islam anerkenne, ohne die Widersprüche und Unterschiede zu verleugnen und zu verschweigen, gewinne gegenüber Muslimen an Glaubwürdigkeit. Viele Muslime würden das Christentum als kraftlose Religion wahrnehmen.

Webtipp

Die Referate sind in Text und Ton verfügbar unter www.evpev.ch
> News > Fokustag Islam.



Volle Reihen und ein aufmerksames Publikum am Fokustag Islam.

Christine Schirmmayer, Islamwissenschaftlerin, skizzierte die Herausforderungen, welche islamische Zuwanderer für Staat, Gesellschaft und Kirche in Europa darstellen. Heute lebten Christen und Muslime so eng zusammen wie noch nie zuvor. Wenn führende deutsche Muslime erklärten, auf die Scharia nicht verzichten zu können, müsse die Diskussion um die Rechte der Frauen erst recht geführt werden, sagte Schirmmayer. Die Islamisten versuchten, die Scharia vorerst im Familienrecht geltend zu machen. Ihnen sei entschlossen entgegenzutreten, riet die Autorin eines Buchs über die Scharia. Es dürfe keinen doppelten Rechtsstandard geben, etwa bei der Stellung der Frau oder der Anerkennung der Vielehe.

Aus 50 Jahren Erfahrung

Als letzter Referent schilderte der Orientalist Heinz Gstrein, wie sich die islamische Welt in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts veränderte. So wurde Gstrein wegen seinem Einsatz für die diskriminierten koptischen Christen 1985 aus Ägypten ausgewiesen. Anders als Tibi glaubt der ehemalige Nahostkorrespondent nicht, dass Islam und Islamismus zu trennen sind.

Denn die Aufrichtung eines politischen Reichs gehöre zur Kernbotschaft des Islam. Er wolle – im Gegensatz zu Jesus Christus – ein Reich von dieser Welt. «Keine andere Weltanschauung unterliegt einer so grossen Spannung von hoffnungsvoller Christentumsnähe und fanatischer Christenfeindschaft, zwischen globalem totalitärem Herrschaftsanspruch und tiefster Innerlichkeit, wie der Islam», bilanzierte Gstrein. Auch der Islam und der Koran enthalte Samenkörner der ewigen Wahrheit, der einen göttlichen Offenbarung, die es zusammen mit unseren islamischen Mitbürgern zu entdecken und zu heben gelte. Weil man dem politischen Islam aber politisch begegnen müsse, sei eine Partei wie die Evangelische Volkspartei gefordert.

Im Vorfeld der Konferenz hat die EVP die aufgekommene Idee einer teilweisen Einführung der Scharia in der Schweiz entschieden zurückgewiesen. «Wenn wir die gemeinsamen Grundregeln aufgeben und verschiedenen Bevölkerungsgruppen verschiedene Grundgesetze zugestehen, ist dies das Ende der Schweiz, so wie wir sie kennen», äusserte sich Nationalrat Ruedi Aeschbacher (EVP, ZH).

MINARETTE

Stehen wir zu unseren Grundwerten!

Für die EVP ist die Minarettinitiative das falsche Mittel, um die muslimische Bevölkerung auf unsere Grundwerte zu verpflichten und die Entstehung einer muslimischen Parallelgesellschaft zu verhindern.

Anstelle der Minarettinitiative schlägt EVP-Nationalrat Walter Donzé einen neuen Religionsartikel in der Verfassung vor: «Er könnte gewährleisten, dass jeder seine Religion ausüben kann; er müsste aber auch festhalten, dass unser Land eine christliche Tradition und Leitkultur kennt, die zu respektieren ist.» Die Schweiz konnte nach jahrhundertelangen Auseinandersetzungen zwischen den Konfessionen den Religionsfrieden dadurch sichern, dass sie allen die Religionsfreiheit garantiert hat. Hinter diese Erregungenschaft will die EVP nicht mehr zurückfallen.

Die EVP ist überzeugt: Stark sind wir nicht, wenn wir unsere Grundlagen verleugnen, sondern wenn wir vielmehr

- **die Rechtsordnung durchsetzen:** Gewaltaufrufe, Zwangsheirat, Mädchenbeschneidung oder die Unterdrückung der Frau werden nicht toleriert.
- **Grundwerte einfordern:** Muslime in der Schweiz und ihre Organisationen müssen sich zur Religionsfreiheit bekennen.
- **Integrationsziele vereinbaren:** Kenntnisse von Sprache, Rechte und Pflichten in der Schweiz werden erworben.
- **der Schule den Rücken stärken:** Elternabende oder -gespräche, Schwimmunterricht und Klassenlager sind für alle obligatorisch.
- **muslimische Geistliche im Auge behalten:** Imame müssen eine Landessprache beherrschen. Rituelle Handlungen erfolgen in einer Landessprache oder zweisprachig.
- **unsere Glauben und unsere christlich-abendländische Kultur leben.**



Gottes Rettungsleine in der Krise

Die Finanzkrise scheint sich zu einer globalen Wirtschaftskrise zu entwickeln. Die komplexen Gründe, die undichten Schadstellen und die Unsicherheit münden bei vielen Menschen in Angst und Lähmung.

Ein anderer Weg zu reagieren, ist zu vertrauen. Zu Vertrauen auf allgemeingültige und bewährte finanzplanerische Grundsätze sowie auf die Handlungsanweisungen Gottes, der – wer hätte das gedacht – auch in Wirtschaftsfragen eine klare Meinung hat. Um Gottes Vorstellungen im Alltag näher zu kommen, bedingt es konkreter Schritte, welche uns zum Teil fast banal erscheinen mögen. Wären sie aber in der jüngsten Vergangenheit nicht sträflich vernachlässigt worden, sähe unsere globale Finanz- und Wirtschaftssituation anders aus:

1. Sei dir bewusst, dass alles, was du hast, Gott gehört – Jeder finanzielle Entscheid wird dadurch ein geistlicher Entscheid.
2. Halte deine langfristigen Finanzziele schriftlich fest – Erstelle einen Ausgabenplan und stimme diesen mit Gott ab.
3. Gib weniger aus, als du einnimmst – Wisse, wie viel rein kommt und rausgeht und vergleiche dies mit Deinem Plan.
4. Vermeide Schulden – Vor allem Konsum- und Leasingschulden und reduziere Hypotheken auf ein gesund niedriges Mass.
5. Gib regelmässig und systematisch – Geben verändert uns in das Wesen des ultimativen Gebers: Gott, unseren Vater – was wollen wir als Christen mehr? Ich wünsche gutes Gelingen bei der Umsetzung!

Horst Reiser, Leiter von CROWN Life Schweiz, www.CrownLife.ch

REISEFREIHEIT ERHALTEN

Die EVP Schweiz bejaht die Einführung von biometrischen Pässen, weil sie die Fälschungssicherheit erhöhen und die Reisefreiheit auch in Zukunft gewährleisten.

VON RUEDI AESCHBACHER,
NATIONALRAT

In der Europäischen Union sind biometrische Pässe seit 2006 vorgeschrieben. Als assoziiertes Mitglied des Schengen-Abkommens ist die Schweiz verpflichtet, bis im März 2010 ebenfalls biometrische Pässe einzuführen.

Höhere Fälschungssicherheit

Schon in unseren alten Pässen sind biometrische Daten enthalten: nicht nur die berühmte Passfoto, sondern auch die Körpergrösse und das Geschlecht. Das bleibt unverändert. Neu werden die Passfoto und zwei Fingerabdrücke elektronisch auf einem Datenchip im Pass abgespeichert. Damit sind Passfälschungen sowie die missbräuchliche Verwendung eines Passes durch eine andere Person praktisch ausgeschlossen.

Bereits haben 54 Staaten, darunter auch die USA und die EU-Länder, den biometrischen Pass eingeführt. Die Einreise in diese Länder wird einfacher, weil die Daten maschinell gelesen werden. Ohne biometrischen Pass verlangen die USA ab nächstem Jahr ein Visum.



Umstritten: der Pass mit Chip.

Eingeschränkter Zugriff

Oft wird befürchtet, die Datensicherheit der neuen Pässe sei nicht ausreichend. Doch der Zugang zum Chip ist mehrfach und dreistufig

abgesichert. Zur Behauptung, der Chip erlaube die Ortung einer Person: Bereits heute kann der Aufenthalt jedes Handyträgers verfolgt werden – und kein Mensch regt sich darüber auf. Schliesslich erlaubt das Gesetz die Verwendung der gespeicherten Daten nur für das Ausstellen und Kontrollieren von Ausweisen sowie für die Identifikation von Opfern von Naturkatastrophen (Tsunami), Unfällen oder Gewalttaten. Zu anderen Zwecken, z.B. zur Fahndung, dürfen die im zentralen System gespeicherten Daten nicht genutzt werden.

Deutliches Ja der EVP

Weil ein Verzicht auf die biometrischen Pässe für die Schweiz, für uns als Reisende und für die Wirtschaft ernsthafte Nachteile hätte, hat die Delegiertenversammlung der EVP Schweiz mit 131 zu 34 Stimmen die Ja-Parole zu den biometrischen Pässen beschlossen.

ALS ERGÄNZUNG SINNVOLL

Der Verfassungsartikel «Zukunft mit Komplementärmedizin» will komplementäre Heilmethoden berücksichtigen. Solange diese von Ärzten ausgeübt werden, unterstützt die EVP den Vorschlag.

(nh). Der Gegenvorschlag zur zurückgezogenen Volksinitiative «Ja zur Komplementärmedizin» will in einem Verfassungsartikel festhalten, dass Bund und Kantone die Komplementärmedizin berücksichtigen müssen. Wird dieser Grundsatz vom Volk gutgeheissen, wird das Parlament zu entscheiden haben, was das konkret bedeuten wird.

Auch für die Komplementärmedizin wird Art. 32 des Krankenver-

sicherungsgesetzes gültig sein, wonach die Krankenkassen nur Leistungen bezahlen, die wirksam, zweckmässig und wirtschaftlich sind. Die Initianten gehen davon aus, dass das Parlament die von Bundesrat Pascal Couchepin im Sommer 2005 aus der Grundversicherung gekippten Behandlungsformen wieder in den Leistungskatalog aufnehmen wird, sofern sie von Schulmedizinern mit einer FMH-

Zusatzausbildung praktiziert werden. Es handelt sich dabei um die anthroposophische Medizin, Neuraltherapie, Pflanzenheilkunde, Homöopathie und die traditionelle chinesische Medizin. Da ihre Wirksamkeit wissenschaftlich umstritten ist, will Couchepin diese Methoden jedoch auch bei einem Volks-Ja nicht von sich aus für kassenpflichtig erklären.

Weil komplementärmedizinische Methoden bei chronischen Schmerzen und Erkrankungen, bei denen die Schulmedizin an ihre Grenzen stösst, eine sinnvolle Ergänzung sein und den Betroffenen helfen können, empfiehlt die EVP den Verfassungsartikel zur Annahme: die Delegierten der EVP Schweiz haben mit 108 zu 46 Stimmen die Ja-Parole beschlossen.

IM WIDERSPRUCH ZUR VERFASSUNG

Die Minarettinitiative lässt sich aus rechtlicher Sicht mit der Verfassung kaum vereinbaren. Sie kommt voraussichtlich im November zur Abstimmung.

VON LIC.IUR. ALEXANDER SCHAEER,
ASSISTENT AN DER UNI ZÜRICH

Die Glaubens- und Gewissensfreiheit im Sinne von Art. 15 BV schützt das Recht, eine religiöse Überzeugung zu haben, zu äussern, zu verbreiten oder zu praktizieren oder gemäss einer religiösen Überzeugung zu handeln. Geschützt wird dabei nicht nur das Christentum, sondern alle Religionen, unabhängig von ihrer quantitativen Verbreitung in der Schweiz. Die Glaubens- und Gewissensfreiheit verlangt denn auch nach einer gewissen grundsätzlichen Toleranz gegenüber anderen Religionen und ihren (eventuell fremd anmutenden und schwer verständlichen) Bräuchen, wenngleich nicht alle irgendwie religiös erklärbaren Bräuche toleriert werden müssen (insbesondere z.B. Menschenopfer, «Ehrenmorde» etc.).

Im Zusammenhang mit Bauprojekten von Minaretten ist prinzipiell festzuhalten, dass der Bau eines Minarett zulässig ist, sofern die entsprechenden Bauvorschriften (insbesondere die Zonenkonformität) eingehalten werden. Damit gelten für Sakralbauten die gleichen Regeln (und Einschränkungen) wie für andere Bauvorhaben, was nicht zuletzt auch von anderen Religionsgemeinschaften zu begrüssen ist.

Minarett fällt in den Schutzbereich der Glaubensfreiheit

Aus der Glaubens- und Gewissensfreiheit ergibt sich zudem, dass der Staat unter Umständen verpflichtet sein kann, durch aktives Tun die Grundrechtsausübung zu ermöglichen. Sofern die zuständigen Behörden nicht spezielle Zonen für Sakralbauten vorsehen, so sind sie somit doch verpflichtet, Bauprojekte, welche die entsprechenden baurechtlichen Vorschriften einhal-

ten, nicht ohne triftige Gründe zu verhindern und den gesetzgeberischen Spielraum auszunutzen (z.B. mittels Ausnahmegewilligungen). Der Staat ist jedoch nicht verpflichtet, selber entsprechende Kultusbauten zu errichten und zur Verfügung zu stellen.

Keine Bedeutung kann dem Argument von Minarett-Kritikern beigemessen werden, dass das Minarett kein religiöses Symbol sondern ein Zeichen islamischer Eroberung sei. Vom Schutzbereich der Glaubens- und Gewissensfreiheit werden auch religiös motivierte Verhaltensweisen und Symbole erfasst, die zwar nicht zwingend erforderlich jedoch durchaus angemessen sind. Auch spielt es keine Rolle, ob nur eine Minderheit diese Regeln befolgt. Wenn nun auch nur eine Minderheit dem Minarett sowie dem Gebetsruf eine religiöse Funktion und einen religiösen Symbolgehalt zukommen lässt, was unzweifelhaft vorliegt, so fällt das Minarett und der Gebetsruf in den Schutzbereich der Glaubens- und Gewissensfreiheit. Selbiges gilt auch für die Moschee an sich.

Zudem muss festgehalten werden, dass das nun in Bezug auf Konflikte mit dem Islam oft geäusserte «Reziprozitätsgebot» keine Rolle spielen kann: es verlangt, dass Muslimen in der Schweiz die Glaubens- und Gewissensfreiheit nur in diesem Umfang eingeräumt werden soll, wie dies islamische Länder den christlichen Gemeinschaften tun. Das heisst die aus der Glaubens- und Gewissensfreiheit abgeleiteten Rechte stehen den Glaubensgemeinschaften auch dann zu, wenn entsprechende ausländische Religionsgemeinschaften in ihren Ländern den Christen oder auch anderen Religionsgemeinschaften dieselben Rechte nicht zuerkennen.

In diesem Rahmen zu erwähnen gilt es auch den Gebetsruf. Es ist

davon auszugehen, dass bezüglich des Gebetsrufs die Praxis über das Glockengeläute grundsätzlich analog anzuwenden ist. Es erscheint dabei jedoch zulässig, dass dem Gebetsruf strengere Grenzen gesetzt werden können. Ein Grund, den Gebetsruf gänzlich zu verbieten, ist dies jedoch nicht. Notwendig ist eine konkrete, objektive Bewertung im Einzelfall.

Rechtskonforme Umsetzung kaum möglich

Das Neutralitätsgebot verpflichtet den Staat, alle Konfessionen prinzipiell gleich zu behandeln. Initiativen, welche den Bau spezifischen Religionen zuordbaren Bauten (wie z.B. Moscheen und Minarette) verbieten wollen, verstossen gegen dieses Neutralitätsgebot und damit gegen die Glaubens- und Gewissensfreiheit. Da es sich bei der Glaubens- und Gewissensfreiheit nicht um zwingendes Völkerrecht handelt, sind diesbezügliche Initiativen dennoch den Parlamenten und dem Volk vorzulegen und nicht für ungültig zu erklären. Es stellt sich jedoch die Frage, wie sinnvoll es ist, eine Initiative zur Abstimmung vorzulegen, wenn voraussehbar ist, dass spätestens der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte bei einer Beschwerde einer entsprechenden Regelung die Anwendung versagen würde. Die rechtskonforme Umsetzung solcher Initiativen erscheint aufgrund der Absolutheit des Verbotes nicht möglich.

EVP fasst Parole am 20. Juni

Die EVP wird die Parole zur Minarettinitiative an der DV vom 20. Juni 09 in Winterthur beschliessen (vgl. Einladung auf der letzten Seite).

EVP-Resolution zum Bankgeheimnis

Ein uraltes EVP-Anliegen wird salonfähig: am 13. März gibt der Bundesrat die Unterscheidung zwischen Steuerhinterziehung und Steuerbetrug auf. Tags darauf verabschieden die EVP-Delegierten anlässlich der 90-Jahr-Feier der EVP in Baden eine Resolution und fordern den Bundesrat auf:

1. in Zukunft bei einem begründeten Verdacht auf Steuerdelikte welcher Art auch immer, den Behörden anderer Rechtsstaaten Amtshilfe zu gewähren und
2. dazu das Amtshilfeverfahren zu straffen, zu beschleunigen und zu vereinfachen,
3. im Übrigen dafür zu sorgen, dass Bankdaten ehrlicher Kundinnen und Kunden nicht in unberechtigte Hände gelangen, weshalb
4. ausserhalb des Amtshilfeverfahrens keine Daten an ausländische Behörden weitergegeben werden dürfen, wie kürzlich im Fall UBS geschehen.

Nun sind die Familien an der Reihe!

Der Bundesrat will Familien mit Kindern steuerlich entlasten und dazu 600 Millionen Franken einsetzen. Für die EVP ist das Anliegen dringend. Sie fordert in ihrer Vernehmlassungsantwort:

- **höhere Familienzulagen:** Die vorgesehenen Mittel sollen vollumfänglich für einen Zuschlag zu den Familienzulagen verwendet werden.
- **die Einführung eines Eigenbetreuungsabzuges:** Die EVP will den vorgeschlagenen Fremdbetreuungsabzug halbieren und mit den eingesparten Mitteln einen Eigenbetreuungsabzug einführen.
- **einen neuen Elterntarif:** Will der Bundesrat die Familien nicht mittels höherer Zulagen, sondern über eine Steuerreform entlasten, befürwortet die EVP den neuen Elterntarif, der mittelständische Familien gezielt entlastet.

NEIN ZU AUTORENNEN

Insgesamt zwölf Vorstösse haben die EVP-Nationalräte in der Frühjahrsession eingereicht. Weitere Schwerpunkte: die Forschung am Menschen und die Minarettinitiative.

(nh). Bei der **Forschung am Menschen** kommt der Nationalrat in der Frühjahrsession auf seinen Entschluss zurück und stellt die Balance zwischen den Zielen «Schutz der menschlichen Würde» und «Forschungsfreiheit» wieder her. Eine Lösung, mit der auch die EVP-Nationalräte Ruedi Aeschbacher und Walter Donzé leben können.

Hohe Wogen wirft die **Minarettinitiative**. Walter Donzé hält sie für das falsche Mittel, um eine muslimische Parallelgesellschaft abzuwenden. Stattdessen plädiert er für einen umfassenden Religionsartikel.

Ruedi Aeschbacher kämpft engagiert gegen **Formel-1-Rennen**. Der Nationalrat bleibt beim Ja, jetzt kommt der Ständerat an die Reihe. Noch bevor der Bundesrat am 13.

März sein Einlenken beim Bankgeheimnis signalisiert, fordert Ruedi Aeschbacher in einer dringlichen Interpellation, künftig **Rechtshilfe sowohl bei Steuerbetrug wie auch bei Steuerhinterziehung** zu leisten.

Die überlangen Verfahren führen dazu, dass Asylsuchende bis zu einem rechtskräftigen Negativentscheid und dem Vollzug der Ausweisung mitunter recht gut integriert sind. Das gilt erst recht für ihre Kinder, die hier zur Schule gehen und ihr Heimatland kaum mehr kennen. Aeschbacher ersucht deshalb den Bundesrat, die **Asylverfahren erheblich zu beschleunigen**.

Weil echter Wettbewerb nur bei mehreren Netzen möglich ist, dies auf der sogenannten **letzten Meile** aber viel zu teuer und auch nicht

sinnvoll wäre, will Aeschbacher das Geschäft mit der letzten Meile innerhalb der Swisscom von den übrigen Geschäften trennen.

EVP-Nationalrat Walter Donzé (BE) will den Bundesrat dazu bewegen, die vom Parlament verlangte Zusatzbotschaft für die **Erhöhung der Entwicklungshilfe** auf 0.5% des Bruttonationaleinkommens noch in diesem Jahr zu unterbreiten. Mit einer Motion fordert er weiter die Einführung eines **Ethikgütesiegels für Unternehmen**.

Drei Vorstösse reicht Donzé für die *jevz ein: die Jungpartei will die **Höchstdauer für Kleinkredite** für unter 25-jährige von 36 auf 24 Monate herabsetzen. Eine zweite Motion hat eine **obligatorische Versicherung gegen Arbeitsplatzverlust und Arbeitsunfähigkeit bei Konsumkredit** zum Ziel. Schliesslich will Donzé vom Bundesrat wissen, ob der Sex- und Gewaltfilm «Räuberinnen» die **Kriterien des Filmgesetzes** erfülle oder zu Unrecht gefördert worden sei.

Jahresziele der Geschäftsleitung

Die GL der EVP Schweiz hat ihre Jahresziele verabschiedet. Sie können unter www.evpschweiz.ch > Personen > Geschäftsleitung eingesehen werden.

KMU-Forum «Wertvolle Wirtschaft»

Am 25. April lädt die EVP Schweiz in Olten zum ersten KMU-Forum unter Mitwirkung von Prof. Dr. Hans Ruh, Nationalrat Ruedi Aeschbacher und Unternehmer Markus Wenger.

Waffen vors Volk

Die Volksinitiative «Schutz vor Waffengewalt» ist zustande gekommen. Sie wird von EVP-Präsident Heiner Studer und der *jevz unterstützt.

Anzeige

Abschalten und Auftanken. Was liegt näher.



Lihn

Der Tagungsort, der auch Feriengäste verwöhnt.

- Seminarhotel 50 Minuten von Zürich, für Gruppen, Familien und Einzelgäste
- Traumhaft über dem Walensee mit See- und Bergsicht
- Professionelle, vielfältige Seminarinfrastruktur
- Alkoholfreie Gastlichkeit und ausgezeichnete Küche mit Goût-Mieux-Label
- Idealer Ausgangspunkt für Wanderungen, ins Heidiland und zur nahen Rodelbahn
- Sport und Spass vor der Haustüre, Streichelzoo, Spielplatz mit Riesentrampolin
- Heidi-Kinderzimmer, Töggelikasten, Tischtennis
- Nah bei den Flumserbergen für Wintersport
- Mit öffentlichem Verkehr gut erreichbar

Nichts wie Lihn.

Lihn Ferien und Seminare | 8757 Filzbach über dem Walensee | Telefon 055 614 64 64
www.lihn.ch



Seebüel

Das Ferienidyll, das auch Seminargäste geniessen.

- Ferien für Einzelgäste, Familien, Gruppen und Menschen mit Behinderung
- Einmalig ruhige Lage direkt am Davoser See
- Café am See mit Panorama-Terrasse
- Alkoholfreie Gastlichkeit und kreative Küche zum Geniessen
- Mehrzwecksaal und gemütliche Aufenthalts-/Gruppenräume, Spielzimmer
- Kinderspielplatz, Grillplatz, hoteleigenes Ruderboot
- Gratis Bergbahnen im Sommer
- Schneesicher im Winter
- Mit öffentlichem Verkehr gut erreichbar

Auf nach Davos.

Seebüel Ferien und Seminare | 7265 Davos Wolfgang | Telefon 081 416 31 17
www.seebuel.ch

WAHLEN

Steiner unbestritten

Im Kanton Solothurn wird René Steiner wieder in den Kantonsrat gewählt. Die EVP hat dabei ihren Wähleranteil auf 2 Prozent verdoppeln können. Ende Januar wurde eine neue Amteipartei in Solothurn-Lebern gegründet.

Heimgartner präsi- diert Bauma

Mit grossem Mehr ist die bishe- rige Vizepräsidentin und Für- sorgevorsteherin Marianne Heimgartner zur Gemeindeprä- sidentin (Exekutive) von Bauma gewählt worden.

Neue Gemeinderäte

Dürrenäsch AG: Ruedi Mösch wird nach einer Kampfwahl in den Gemeinderat gewählt.
Salmsach TG: Walter Kradolfer ist neu im Gemeinderat.
Heimenhausen BE: Werner Liechi ist neu in der Exekutive.

EVP Kanton Bern will in die Regierung

Die EVP Kanton Bern nimmt im März 2010 mit Patrick Gsteiger und Marc Jost an den Regie- rungsratswahlen teil. Erstmals sind keine ausseramtlichen Wahlzettel mehr erlaubt, was die Chancen der EVP verbessert. Ziel ist ein Sitz im Siebnergremium.

KANTON AARGAU

EVP IM MINUS

Im Aargau muss die EVP einen Sitzverlust hinnehmen.

(nh). Bei den Aargauer Grossrats- wahlen verliert die EVP einen Sitz und kommt neu auf 6 Mandate. Nicht bestätigt wurde der bisherige Bernhard Wernli aus dem Bezirk Zofingen, wiedergewählt wurden Roland Bialek, Martin Bhend, Sämi

Richner, Lilian Studer, Esther Gebhard und Hansruedi Mettler. Auch bezüglich Wählerprozente muss die EVP ein Minus von 1.2 Prozentpunkten zur Kenntnis nehmen und kommt neu auf 4.5 Prozent.



Auftakt zum Wahlkampf mit einer farbenfrohen Velofahrt.

*JEVP

NEUE FÜHRUNGSRIEGE

(nh). Nach 5 Jahren gibt Lilian Studer das Präsidium der *jevp Schweiz an Roman Rutz und Sara Fritz weiter. Beide sind seit der Gründung im 2004 im Vorstand der Jungpartei und 24, bzw. 23 Jahre jung. Bereits per Anfang Jahr hat der neue Generalsekretär Reto Stalder sein Amt von Niklaus Hari übernommen.



Neu im Amt: Roman Rutz, Sara Fritz und Reto Stalder.

PERSONELLES

Wechsel in Dietikon

Nach zehn Jahren im Dietiker Gemeinderat gibt Andreas Beutter sein Amt an Christiane Ilg-Lutz weiter. Die Gemein- depräsidentin Christa Maag wird als Nachfolgerin von Alex Grieder ins Friedensrichteramt gewählt.

Steinhauer für Eckert

Infolge Wegzug seines Vorgän- gers Christian Eckert wird Mathias Steinhauer Einwohner- rat in Herisau.

Schütz folgt Heiniger

Lorenz Schütz rückt für den weggezogenen Fritz Heiniger in den GGR Interlaken nach.

Abschied von Karl Schärer

Karl Schärer, amtierender Vize- präsident des Bezirksrats Hinwil, ist in seinem 67. Altersjahr ver- storben. Er vertrat die EVP von 1979 bis 1993 im Zürcher Kan- tonsrat.

Neuer Vizepräsident

Hanspeter Hugentobler ist neuer Vize der EVP Kanton Zürich.

und neue Webseite

Neu ist auch der Auftritt der EVP ZH unter www.evpzh.ch.

Anzeigen

Christliche Gemeinschafts- +
Badeferien

TOSCANA Riva degli Etruschi

Sa. 20.09.- Sa. 04.10.2009

15 Tage ab Fr. 1'475.00 pro Person im DZ

bes. günstig für Familien, inkl. Reise mit mo- dernen Car ab Zürich, Vollpension + Ausflüge u.u.m., schöne Parkanlage, Strandleistungen inbegriffen. Tägliche Andachten.

Organisation: Armin Camastral
Scalettastr. 133, 7000 Chur

Auskünfte und Prospekte erhalten Sie unter

Tel: 081 284 40 03 oder

e-mail: armin.camastral@tele2.ch

Details und Prospekt auf folgender Webseite:
www.emk-schweiz.ch/de/veranstaltungen.html





DIE EVP ZIEHT NACH BERN

(nh). Die EVP zieht nach Bern. Wo heute noch die Pulte der Neuen Mittelschule NMS stehen, drückt ab 1. September 09 das Generalsekretariat der EVP Schweiz die Politbank. In Nachbarschaft von Bundeshaus und Bahnhof hat sich im Gebäude des Evangelischen Gemeinschaftswerkes EGW an der Nägeligasse 9 eine einmalige Gelegenheit ergeben. Zum einen bedeutet dieser Umzug leider das Ende der historisch gewachsenen und

fruchtbaren Bürogemeinschaft mit der EVP Kanton Zürich. Zum andern ergeben sich dadurch neue Chancen: die allermeisten Parteien, Verbände und Institutionen der nationalen Politik sind in Bern, nicht zuletzt auch die für uns relevanten Bundeshausmedien. Mit dem Sitz in Bundesbern ist die EVP näher am Geschehen. Indem neu eine Bürogemeinschaft mit der EVP Kanton Bern eingegangen wird, eröffnet sich dieser die Möglichkeit, ein Sek-

retariat mit Publikumsverkehr führen zu können, was im bisherigen Büro im Bundeshaus nicht möglich gewesen war. Verbunden mit dem Umzug schafft die EVP eine neue Adressverwaltungssoftware an, die den Parteisektionen den komfortablen Fernzugriff auf ihre Daten und Adressen erlaubt. Unser Bild zeigt die Geschäftsleitung der EVP Schweiz bei einem Augenschein in den neuen Räumlichkeiten.

EINLADUNG ZUR DELEGIERTENVERSAMMLUNG

Einladung zur 1. ausserordentlichen Delegiertenversammlung (DV) der EVP Schweiz, Samstag, 20. Juni 09, 10.00 bis 12.30 Uhr in Winterthur

- TOP 1 Eröffnung der Tagung durch den Zentralpräsidenten
- TOP 2 Besinnliche Einleitung
- TOP 3 Grussworte
- TOP 4 Wahl der StimmenzählerInnen (Protokollprüfer)
- TOP 5 Minarettinitiative / Verzicht auf die Einführung der allg. Volksinitiative
- TOP 6 Schlusswort des Zentralpräsidenten

Anschliessend besteht für Angemeldete die Möglichkeit eines gemeinsamen Mittagessens. Die Tagungsunterlagen werden nach der Anmeldung versandt.

EVANGELISCHE VOLKSPARTEI DER SCHWEIZ (EVP)

Der Zentralpräsident
Heiner Studer

Der Generalsekretär
Joel Blunier



Ich melde mich für die DV vom 20. Juni 2009 an.
Mittagessen: mit ohne vergünstigt (für *jev- Mitglieder)

Name, Vorname:

Strasse, Nummer:

PLZ und Ort:

Datum:

Unterschrift:

Einsenden bis am 15. Juni an: EVP Schweiz, Postfach, 8021 Zürich.

IMPRESSUM

akzente: Publikationsorgan der Evangelischen Volkspartei Schweiz (EVP) 16. Jahrgang, Nummer 2, April 2009
Erscheint vierteljährlich und wird allen Mitgliedern der EVP zugestellt. Das Abonnement läuft ein Jahr und wird automatisch erneuert, wenn es nicht zwei Monate vor Ablauf gekündigt wird. CHF 15.- / Jahr.

Herausgeber und Redaktion:
EVP Schweiz, Niklaus Hari

Adressen- und Aboverwaltung:
EVP Schweiz, Werner Rieder

EVP Schweiz:
Postfach 3467, 8021 Zürich, Tel. 044 272 71 00, Fax 044 272 14 37, info@evppev.ch, www.evppev.ch

An dieser Ausgabe haben mitgearbeitet:
Ruedi Aeschbacher, Joel Blunier, Walter Donzé, Niklaus Hari, Manfred Kiener, Horst Reiser, Alexander Schaer, Heiner Studer.

Druck und Vertrieb:
Jordi AG, Belp, www.jordibelp.ch

Copyright:
Wiedergabe von Artikeln und Bildern mit Genehmigung der Redaktion gestattet.